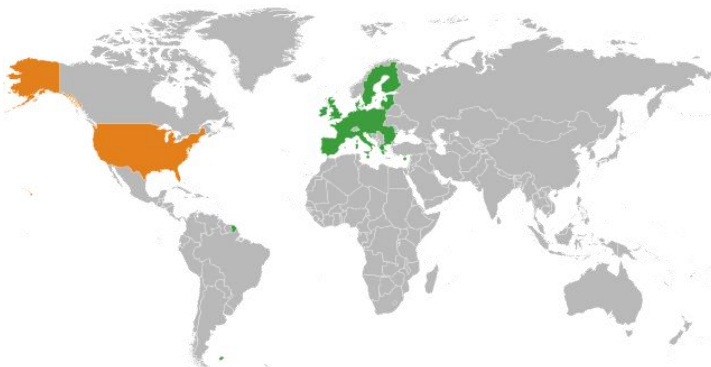


TTIP: Laute Kritik am Abkommen

Die Bevölkerung zweifelt öffentlich an den Vorteilen der Transatlantic Trade and Investment Partnership.



Quelle: Sjolbergj

Wenige Stunden vor Barack Obamas Besuch in Deutschland fand am Samstag erneut eine Großdemonstration gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen, englisch kurz TTIP, in Hannover statt. Die geplante weitreichende wirtschaftliche Übereinkunft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten hatte eigentlich schon Ende 2014 zustande kommen sollen. Seit Beginn der Verhandlungen wurde die Einigung durch massiven Protest aus der Bevölkerung vieler beteiligter Nationen, eine geleakte Version der Vertragsunterlagen sowie Unstimmigkeiten innerhalb der einzelnen Verhandlungslager allerdings deutlich hinausgezögert.

Obama und Merkel erinnerten im Rahmen einer Pressekonferenz am Sonntag währenddessen an die Vorteile, die eine transatlantische Freihandelszone, wie sie im Rahmen von TTIP entstehen soll, mit sich bringen könne und verwies in erster Linie auf die prognostizierte Förderung des Wirtschaftswachstums. Unter Berufung auf eine Modellierung der Konsequenzen einer ambitionierten Umsetzung der TTIP-Vorgaben durch das Centre for Economic Policy Research (CEPR), nennt die Europäische Kommission ein mögliches zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent für die EU bzw. 0,4 Prozent für die USA, gemessen am BIP. Das ifo Institut sieht zudem die Schaffung von bis zu 110.000 Jobs allein in Deutschland als wahrscheinlich.

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 18. bis zum 24. April

Steigende Steuereinnahmen

Donnerstag, 21. April - Im März erwirtschafteten Bund und Länder ein Plus an Steuereinnahmen von zusätzlichen 7,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Laut FAZ begründet das Bundesfinanzministerium diese Entwicklung mit der positiven konjunkturellen Entwicklung und verweist in diesem Zusammenhang auf Prognosen steigenden Wachstums.

Löhne im Osten bleiben geringer als im Westen

Donnerstag, 21. April - Laut der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts kann es noch Jahrzehnte dauern, bis sich die durchschnittlichen Bruttolöhne in den neuen Bundesländern an das Westniveau angleichen. Momentan schließe sich dieser Abstand von 5,30 Euro pro Stunde lediglich mit einer Geschwindigkeit von 1,7 Prozent im Jahr und dürfte damit erst im Jahr 2070 weniger als zehn Prozent betragen, so die Forscher Kluge und Weber. Die Lohnungleichheiten führen die Wissenschaftler vorrangig auf das häufigere Vorkommen kleinerer Betriebe, niedrigeres Preisniveau und Produktivität, weniger ausgeprägte Tarifbindungen sowie einen höheren Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen zurück, die vergleichsweise schlechter bezahlt werden.

Kritiker des TTIP greifen allerdings weniger die ökonomischen Grundlagen einer Marktöffnung an als die damit einhergehenden strukturellen Änderungen, welche unterschiedlichen Interessengruppen ein Dorn im Auge sind. Es gilt nicht nur Zölle gemeinsam abzuschaffen, um Transaktionskosten des Handels zu minimieren und damit effizienter zu machen. Vielmehr muss sich der Einfachheit halber auch auf gemeinsame Standards in vielen Märkten und Politikfeldern festgelegt werden. Beginnend mit Klassifizierungsnormen für genmodifizierte Produkte über von Gewerkschaften ausgehandelte Tarife bis hin zur Neuausgestaltung von Investitionsregeln, erfährt der geöffnete Markt laut FAZ grundlegend umgestaltete Rahmenbedingungen von politischem Interesse.

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Columbia University, möchte in einem Interview mit der Zeit allerdings auch die sozio-ökonomischen Folgen eines Freihandelsabkommens in der geplanten Form erwähnt wissen. Er erwartet eine zunehmende soziale Umverteilung und fürchtet um ein Abrutschen von Niedrigverdienern in prekäre Arbeitsverhältnisse. Auch dass in einigen Branchen Jobs wegfallen würden, nimmt er als gegeben an, zweifelt allerdings im Gegensatz zu einigen Kollegen daran, dass sich stattdessen neue exportverwandte Arbeitsplätze auf tun würden. Dabei zieht er negative Erfahrungen aus dem amerikanischen Raum heran und führt das vergleichsweise niedrige Realeinkommen eines durchschnittlichen Arbeiters negativ auf in der Vergangenheit von USA geschlossene Freihandelsabkommen zurück.

Eine Modellierung aller möglichen Konsequenzen des TTIP gestaltet sich allerdings aufgrund der hohen Komplexität schwierig, sodass sich kaum eine einheitliche Prognose aus der Wissenschaft treffen lassen dürfte.

Hintergrund | Freihandelsbemühungen der Europäischen Kommission

>> [TTIP: Volkswirtschaftliche Prognose des CEPR \(englisch\)](#)

EU-Defizit sinkt

Freitag, 22. April - Aus den jüngst vom statistischen Amt Eurostat veröffentlichten Werten der „Euroindikatoren“ für den Zeitraum des Jahres 2015 geht hervor, dass sowohl öffentliches Defizit als auch öffentlicher Schuldenstand im Euro- sowie im EU-Raum im Vergleich zum Vorjahr 2014 gesunken sind. Dennoch wurde aus sieben Mitgliedsstaaten ein Defizit jenseits der erlaubten drei Prozent des BIP gemäß der Maastricht-Kriterien gemeldet. Unter ihnen: Griechenland (-7,2%), Spanien (-5,1%) sowie Portugal und das Vereinigte Königreich (je -4,4%). Bei der Verschuldungsquote lagen Griechenland (176,9%), Italien (132,7%), Portugal (129,0%), Zypern (108,9%) und Belgien (106,0%) vorne. Die Indikatoren dürften bei der Evaluation laufender Defizitverfahren eine wichtige Rolle spielen, schreibt die FAZ und prognostiziert angezogene Austeritätsmaßnahmen für Portugal und Spanien.

Zahl der Woche

700k

Barrel Öl werden laut der International Energy Agency pro Tag weniger von Nicht-OPEC-Ländern produziert, solange das Überangebot bestehen bleibt.